

Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)
Unparteiische

Bezugspreis in der Stadt für Abholer monatlich 360 M., durch Boten bezogen monatlich 380 M., bei Postbezug monatlich 380 M. Erscheint werktäglich nachmittags. Einzelnummer 15 M., Sonntags 20 M. Alle Preise freibleibend. Postfach Postfach Nr. 16 654. Geschäftsstelle: Südringstraße 4. Für unbenutzte Aufendungen wird keine Gewähr geleistet. Erfüllungsort Merseburg.

Anzeigenpreis Der Sechspaltige Millimeterabdruck 12 M. und der Doppelpaltige Millimeter Restabdruckraum 54 M. Die laufende Monatsabrechnung wird vom Bezieher auf kleine Anzeigen bei deren Abgabe mit 50 M. in Zahlung genommen. Ziffergebihr 20 M. Wort besonders. Alle Preisfeststellungen sind abends 10 Uhr vormittags 10 Uhr. Bestellnummer wird berechnet. Fernsprecher Nr. 100.

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger)

Herausgeber Ludwig Bahl

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 285.

Dienstag, den 5. Dezember 1922.

162. Jahrgang.

Endgültige Verständigung über die Reparationsfrage? Kabinettskrisen. — Die Meerengenfrage in Genua. — Proteste gegen die französische Rheinlandpolitik. — Der Prozeß gegen die Scheidemann-Altenkäter.

Paris, 3. Dezember. Zu den Londoner Ministerbesprechungen schreibt die „Information“, der Entwurf eines Memoratoriums von kurzer Dauer werde nicht mehr ins Auge gefaßt; vielmehr solle das ganze französische Reparationsprojekt, das auf dem Gedanken einer teilweisen Aufhebung der Reparationsforderungen durch die internationalen Kriegsschulden fußt, ausgestellt werden. Dementselbst werden die bevorstehenden Londoner Besprechungen mit sehr präzisen Vorschlägen zu rechnen haben und das letzte eine endgültige Verständigung über die Reparationsfrage eröffnen.

Aus New York wird gemeldet: Morgan, der von seiner europäischen Reise zurückgekehrt ist, habe erklärt, sich nicht zur Brüsseler Konferenz begeben zu wollen.

Ein Kabinettskrisen Lardieu-Gougeur?

Paris, 4. Dezember. Die Erörterungen über die Wahrscheinlichkeit einer baldigen Ministerkrisis in Frankreich dauern fort. Lardieu „Echo national“ veröffentlicht heute unter dem Titel „Auf dem Wege zu einem Kabinettskrisen“ einen Auszug aus der in Lille erschienenen Zeitung „La Depeche“, die Poincaré Rücktritt als sicher bezeichnet und Lardieu für den ausführendsten Nachfolger erklärt. Hauptmerkmal des Kabinetts Lardieu würde nach ihm u. a. Vougeur sein.

Senator de Foubert, der allgemein als Mitglied des künftigen Kabinetts genannt wird, hielt gestern in einer Sitzung der französischen Reichstagskammer eine Rede, in der er öffentlich erklärte: „Wenn die Konferenz von Brüssel scheitern sollte, würde es neben dem Ausgang ins Ruhrgebiet im Interesse des Friedens noch den Ausgang zum Weltkrieg geben.“

Frankreich und die Rede Genua.

Paris, 5. Dezember. Die Pariser Abendzeitungen vermeiden Kommentare über die Rede des Finanzministers De Genua, weil sie erst warten wollen, bis der vollständige Text vorliegt. In der Morgenzeitung „L'Information“ wird gesagt diese Rede unterhalte sich nicht sehr von der Methode Genua. Sie sei ein etwas schwächeres Echo der früheren Regierung. Diese Ansicht dürfte in politischen Kreisen nicht ganz geteilt werden, obwohl jedes deutsche Urteil bemerken wird. Es scheinen einige Deutungen der Kammer die Worte des Finanziers klar und geschickt zu finden. Wie die Regierung denkt, werden wir morgen erfahren, wenn die Lösung im Lauf d'Orban ausgearbeitet wird.

Schwierigkeiten in den Pariser Kohlenverhandlungen.

Brüssel, 4. Dezember. An amtlicher Stelle wird im Laufe des Monats noch ein genaueres Ergebnis über die Pariser Holz- und Kohlenverhandlungen erwartet. Es verläutet, daß in der Frage der Holzlieferungen Schwierigkeiten eingetreten sind. Die von der Gegenseite aufgestellten Forderungen gehen offenbar weit über das hinaus, was Deutschland liefern kann.

Vor dem Rücktritt des belgischen Kabinetts.

Paris, 4. Dezember. Nach einer Meldung des „Deuxième“ aus Brüssel rechnet man in dortigen politischen Kreisen mit dem baldigen Sturz des Ministeriums Theunis. Man hat ursprünglich erwartet, daß Theunis bereits über die hässliche Frage hinaus würde und sieht ihn nun anläßlich der besonders großen Schwierigkeiten bei der bevorstehenden Militärdebatte in der Kammer voraus. Besonders die Rechte arbeiten einig auf seinen Sturz hin und zwar noch vor der Brüsseler Konferenz. Es werden verschiedene Kandidaten als seine Nachfolger namhaft gemacht, vor allem Caspar.

Neue Ministerkrisis in Südlawien.

Belgrad, 5. Dezember. Hiesigen Blättern zufolge steht in Belgrad seit einer neuen Ministerkrisis, hauptsächlich die Bestandmission des Kabinetts, bevor. Der Ministerpräsident Pasich ergreift es als notwendig, die innerpolitische Lage vollkommen zu klären und habe den Rücktritt des Kabinetts für das beste Mittel zu diesem Zweck. Er wird ersahen, hat das Kabinetts demissioniert.

Die türkische Abordnung Spottel der Konferenz.

Lausanne, 5. Dezember. Gestern wurde zum ersten Male unter Teilnahme der russischen Delegation die Meerengenfrage behandelt. Tischlerin verlas eine lange Erklärung. Jsmad Pascha lehnte es vorläufig ab, seinen Standpunkt festzusetzen.

Heute sagte Lord Curzon das Ergebnis der gestrigen Debatte zusammen und erklärte, daß die Türkei sehr ihren Gesichtspunkt nicht mit der nötigen Klarheit formuliert hätten. Er ersuchte noch einmal die Türkei zu einer klaren Auseinandersetzung über ihre Stellungnahme zu den Meerengenfragen zu bewegen. Jsmad Pascha, der sich mit seinen Kollegen besprochen hatte, erklärte, zunächst keine weiteren Erklärungen abgeben zu können. Lord Curzon nahm diese Erklärung zur Kenntnis und sagte hinzu: „Die türkische Abordnung zieht sich damit einer Verpflichtung, die ihr obliegt und die Spottel der Konferenz, und ersucht ihr weder Respekt noch Vertrauen.“ Die Verantwortung für den Scheitern dieses Schritts zu belegen. Obwohl man darnach die Sitzung für beendet erklärte, nahm Tischlerin noch einmal das Wort und erbat eine Äußerung von englischer, französischer und italienischer Seite über die zur Verhandlung stehenden Fragen. Er hat um Austausch darüber, ob die genannten Länder sich für das Schicksal der Meerengen interessieren.

Die Empfindung war nach der Sitzung allgemein die, daß man hartnäckig an einem Bruch vorbeigekommen war.

Amerikanisch-türkischer Freundschaftsvertrag.

New York, 4. Dezbr. Der bekannte republikanische Senator La Follet aus Wisconsin forderte die Regierung auf, unverzüglich mit der Türkei einen Sondervertrag zu schließen, durch den Amerika der besondere Freund dieses Staates werden soll.

Änderung Englands gegen Griechenland?

Jülich, 5. Dezbr. Der „Neuen Züricher Ztg.“ wird aus London gemeldet: In gutunterrichteten Kreisen wird berichtet, daß die ursprüngliche Absicht, die Beziehungen zu Griechenland abzugeben, aufgegeben worden sei. Die Ernennung des englischen Mitgliedes der Finanzkommission Athen zum Geschäftsträger bedeute das Vorzeichen der Entsendung des neuen Gesandten.

Uegen die französische Rheinlandpolitik.

Wien, 4. Dezbr. Die politischen Parteien im Rheinland beschäftigen folgenden Vortrag: „Sicherlich haben die politischen Parteien des Rheinlandes in den letzten Jahren klar und unabweichend ihren unerschütterlichen Willen dahin öffentlich zum Ausdruck gebracht, daß sie unentwegt am Deutschen Reich festzuhalten gewillt sind. Aus Anlaß der neuerlich aus Paris kommenden Meldungen, die auf eine weitere Verringerung des französischen Rheinlandes hinauslaufen, erneuern wir das Bekenntnis unserer Zusammengehörigkeit zum Deutschen Reich und legen gleichzeitig gegen die veröffentlichten Pläne förmlich und entschieden den Widerspruch ein. Wir protestieren dagegen, weil die Verwirklichung dieser Pläne kaisertrophale wirtschaftliche Folgen für das Rheinland und das deutsche Vaterland nach sich ziehen würde. Wir protestieren im Interesse der französischen Freiheit und des Rechtes. Es kann von den Franzosen nicht bestritten werden, daß Deutschland sich seinen Wiederherstellungsversprechungen absichtlich entzieht. Wir protestieren förmlich gegen jeglichen Eingriff in unsere Rechtsprechung und unsere deutsche Verwaltung. Wir berufen uns auf das Recht unserer Regenten im Reichsgebiet so oft reformierte Selbstbestimmungsrecht der Völker und wir wiederholen unseren unerschütterlichen Willen, auch in den Tagen der Not der deutschen Heimat treu zu bleiben. Reich und Rheinland sind untrennbar miteinander verbunden, kulturell, historisch und wirtschaftlich. Wohl ist unsere Not, aber noch größer ist unsere unabweichende Treue zu unserer deutschen Heimat und zum Deutschen Reich. Der Protest ist unter-

Die Wurzeln unserer Not.

Die Wurzeln unserer Not liegen in dem Versall unserer Fährten als einer Folge der dauernden Passivität unserer Zahlungsbilanz und in dem Mangel an lebensnotwendigen Rohstoffen und Nahrungsmitteln. Das Ausland hat in die Wiedereingebung der deutschen Wirtschaft seinerlei Vertrauen mehr, denn es geht im Haushalt eines Volkes wie im Haushalt eines jeden Einzelnen; wer auf die Dauer mehr ausgibt, als er einnimmt, wird kreditunfähig. Man glaubt seinen Zahlungsversprechungen nicht mehr. Aus derartigen Zahlungsversprechungen aber leht sich der größte Teil der deutschen Zahlungsmittel heute zusammen. Die Papiermark ist zu einer Umbeziehung auf hartes in Goldwährung geworden, deren Realisierbarkeit die Welt nicht mehr für möglich hält.

Bevor die deutsche Handelsbilanz nicht wieder aktiv geworden ist, wird an jeder Ladung nicht wild zu ändern sein. Vor dem Kriege konnte uns die Passivität unserer Handelsbilanz gleichgültig lassen. Wir waren die Frachtführer der halben Welt und bezogen wesentliche Güternahrungsmittel aus dem Ausland. Wir hatten sehr große Teile unseres Kapitals im Ausland angelegt und genossen die Zinsen dieses Kapitals. Nachdem die Handelsbilanz immerhin passiv sein — solange nur die Zahlungsbilanz aktiv war, solange wir vom Ausland mehr einnahmen, als wir dorthin bezahlen mußten, wurden wir als Volk dauernd reicher.

Das ist mit dem Friedensschlusse anders geworden. Der bisherige Vertrag hat uns unsere Handelsbilanz genommen und unsere Auslandsguthaben mit Verschlag belegt. Wir müssen Millionen für die Benutzung fremder Handelsstädte und für Vergütung des in Deutschland angelegten fremden Kapitals an die einstigen Feinde und die Neutralen bezahlen. Die Passivität unserer Handelsbilanz, die schon vor dem Kriege etwa eine Goldmarkarde betrug, hat sich zudem bedauernd erhöht. Um den Verlust an Rohstoffen und Güternahrungsmitteln in Ersatzleistungen im Zaargebiet und den Verlust an landwirtschaftlichen Lebensmitteln im Norden und Osten einzumachen auszugleichen, mußten wir die Einfuhr von Nahrungsmitteln und Rohstoffen erheblich steigern. Ein paar Zahlen: Der deutsche Gebietsverlust beträgt an landwirtschaftlich genutzter Fläche 14,22 v. H., an Forsten 10,7 v. H. Eine selbstverfügbare Folge ist die Verringerung des deutschen Viehbestandes, die deutsche Güternahrungsmittel ist nach Verlust von Gattungsrohstoffen und Rohstoffen-Oberflächen von 28,6 Millionen auf etwa 14,22 v. H. und schreibt 7,3 Millionen Tonnen beschleunigt werden!

Aus diesen Zahlen mag man als ein Stichproben erkennen, wie hoch die Belastung der deutschen Einfuhr durch den Raub deutscher Güter ist. Soweit der Friedensvertrag eine Einschränkung in der Einfuhr empfindlicher Güter zuläßt, hat die deutsche Regierung das Ihre getan. Auch die deutsche Landwirtschaft tut ihr Möglichstes, um die deutsche Volkswirtschaft vor dem Verfall ausländischer Lebensmittel unabhängig zu machen. Aber es wird einer jahrelangen Intensivearbeit der Landwirtschaft bedürfen, ehe an eine wesentliche Verminderung in der Einfuhr der notwendigen Lebensmittel gedacht werden kann.

Nicht viel anders liegen die Dinge in der Kohlenproduktion. Solange das Spaner Abkommen wirksam bleibt und uns zu einer Ablieferung von monatlich annähernd zwei Millionen Tonnen Kohlen zwingt, sind wir zu einer Kohlen-einfuhr von vielen Millionen Tonnen genötigt. Im Kohlenbergbau aber ist eine Leistungssteigerung möglich und unumgänglich, weil von ihr jede andere Produktionsleistung abhängig ist.

Allen alle Maßnahmen zur äußersten Steigerung unserer heimischen Produktion sind nicht imstande, die Abschichtung unserer Zahlungsbilanz auch nur annähernd herbeizuführen und damit das einzige Mittel zur Wiedereingebung unserer totkannten Volkswirtschaft. Verdrängung man noch die Schuldverpflichtungen in Höhe von jährlich 4,8 Milliarden Goldmark aus dem Friedensvertrage, so wird man uns glauben, daß eine Umkehrung der Zahlungsbilanz z. B. eine vollständige Unmöglichkeit ist. Noch immer aber vermehrt die Reparationskommission, an dieses entscheidende Problem der Verringerung unserer Leistung aus dem Friedensvertrage nachdrücklich heranzugehen. Die französische Gewaltpolitik, die die Abminderung will und die Verdrängung Deutschlands, leht jeder Vernunftpolitik im Wege. Wir können und wollen aber nicht länger abwarten, wir wollen nicht verhungern und zu Grunde gehen. Wir müssen uns wehren.

gezeichnet von der Zentrumspartei, Sozialdemokratischen Partei, Deutschen Volkspartei, Deutschnationalen Volkspartei, Deutschen Demokratischen Partei.

Beilage zu Nr. 285 des Merseburger Tageblattes

Dienstag, den 5. Dezember 1922

Die neuen Tarifierhöhungen.

Wenn nach dem 1. Dezember der Güterverkehr in seiner Menge sich gleich bleibt, ist auf Grundlage der Dezembertarife mit einem Einnahmestat von 3000 Milliarden Mark bei der Eisenbahn zu rechnen; danach würde auf den Kopf der Bevölkerung ein Betrag von 30 000 Mark entfallen, der ausschließlich durch die Beförderung von Bedarfsgegenständen aufgebracht werden müßte. Wie deren Verteilung durch die neuen Eisenbahntarife beeinflusst werden, zeigt, daß auf einen Waggon Getreide bei Beförderung von Ostdeutschland zum Ruhrgebiet ein Frachtfas von rund 750 000 Mark kommt! Auf einem einzigen Pfund Getreide liegt eine frachtlige Belastung von rund 25 Mark. Der Transport eines Pfundes Salz von Mitteldeutschland nach Hamburg kostet rund 30 Mark, während die Aufwendungen für den Transport eines Pfundes Butter von Ostpreußen nach Berlin 250 Mark beanspruchen. Diese Belastungen sind aber nicht die einzigen, zu ihnen kommen noch recht schwere indirekte Auflagen, z. B. einen Tarif, dessen Frachtsätze mit den Entfernungen gleich wachsen. Einen gestaffelten Frachtfas kannte dieser Tarif nur in den niedrigsten Klassen, nach denen Rohstoffe tarifierten, und in einigen Ausnahmestufen, zu denen ebenfalls Rohstoffe gehörten. Diese Staffelung war aber nur gering. Nach diesen Tarifverhältnissen hat sich die Industrie historisch entwickelt. Sie nahm bei ihren Anlagen Rücksicht darauf, daß die Güter nur verhältnismäßig kleine Wege zu laufen hatten, also mit zu hohen Frachten nicht belastet wurden. Anders liegen die Verhältnisse jetzt. Seit dem 1. Februar 1921 ist der Entfernungsstarif ersetzt worden durch den Staffeltarif, der den Grundbesatz verfolgt, welche Entfernungen frachtlisch zu schonen, dafür aber nahe Entfernungen umso mehr zu belasten. So hat sich eine willkürliche Verstärkung der Verhältnisse ergeben, die genau das Umgekehrte von dem zur Folge gehabt hat, was mit dem früheren Tarif beabsichtigt werden sollte. Durch das Staffeltarifsystem ist gerade die Industrie im rheinisch-westfälischen Revier betroffen, die etwa 60 Prozent der gesamten Güterbewegung der Eisenbahn stellt, und deren Bestand sich überwiegend in Entfernungen bis zu 100 Kilometern bewegt. Ganz besonders belastet werden Rohstoffe (Kohle, Erze usw.) sowie minderwertige Güter, die lange Transportwege nicht vertragen können. Außerdem hat der Staffeltarif noch eine Reihe von verschärften Bestimmungen gebracht, wie z. B. die Herstellung einer neuen Wagenladungsklasse, die Bindung der Frachtberechnung an 15 Tonnen usw., die eine weitere Belastung der Wirtschaft zur Folge gehabt haben. Dazu kommt, daß eine Reihe von Gütern, besonders der Eisen- und Stahlindustrie, Holz, Glas u. a. m. gegenüber den früheren Verhältnissen höher tarifiert, und daß die Seehafenausnahmetarife ganz aufgehoben worden sind. Die

Beseitigung aller dieser Vorteile muß bei Prüfung der Höhe der Tarifbelastung mit in Betracht gezogen werden. Die kurzfristige Bekanntheit der Tarifierhöhungen macht jede ordnungsgemäße Kalkulation unmöglich. Außerdem wird durch das ganz außerordentliche Ausmaß der Bahnveränderungen vor Eintreten neuer Erhöhungen der Waggonsmangel recht beträchtlich verschärft. Immer häufiger übersteigen die Beförderungskosten den Wert der versandten Waren; alle Gekehrungskosten werden durch sie sprunghaft in die Höhe getrieben, eine Erscheinung, die selbstverständlich auch die Ausgaben der Eisenbahn steigert und weitere Tarifierhöhungen notwendig macht. Eine wirkliche Gesundung der Eisenbahn ist nicht durch andauernde Erhöhungen zu erzielen, sondern nur durch eine günstige Gestaltung der Selbstkosten, die nach Ansicht vieler Sachverständiger durchaus möglich und in weitem Grade durchführbar ist.

Deutscher Reichstag.

Das Haus erledigte zunächst ein: Reichs-Kreis: So lagen durch Ueberweisung an die zuständigen Ausschüsse und nimmt den letzten Nachtrag zum Reichshaushalt über die Erhöhung der Beamtengehälter in allen drei Stufen an. Sodann wird die Beratung der neuen Geschäftsordnung des Reichstages beim § 87 über die Bestimmung der Arbeitszeit auf dreiviertel Stunde fortgesetzt. Demokraten und Volkspartei beantragen eine weitere Herabsetzung auf eine halbe Stunde, die Kommunisten dagegen unbeschränkte Redezeit. Die Paragraphen 91 und 92 geben dem Präsidenten Ernennungsgewalt, welche die Ordnung gebührend versehen, aus einer Sitzung auszuscheiden. Hängt der ausgeschlossene Abgeordnete sich den Anordnungen des Präsidenten nicht, so kann der Ausschluß auf acht und bei weiterer Verweigerung auf zwanzig Sitzungstage ausgedehnt werden. Abg. Eichhorn (Komm.) stellt in dieser Bestimmung eine Verfassungsverletzung und fordert Streichung der beiden Paragraphen.

Abg. Dr. Kahl (Zfch. Sp.) ist gegen jede Milderung oder Aufhebung dieser Ernennungsbestimmungen, Reichstag wie Präsident müßten gegen Terror und Unruhen einzelner Mitglieder geschützt werden. In anderen Ländern, auch in England, seien weit schärfere Maßregelungen gegen Ernennungshüter zulässig. Selbst der verstorbenen Sozialistensführer Paul Singer habe erklärt, daß er für eine Erweiterung der Rechte des Parlaments gegen eine verschärfte Geschäftsverordnung mit in Kauf nehmen werde. Redner hält auch die Forderung der Abg. Pfeiffer (Zentr. und Brunn (Sp.) für den Fall, daß ein gemäßigter Abgeordneter sich zu Beginn der nächsten Sitzung einschuldig, eine Milderung der Ausschlußbestimmungen einzutreten zu lassen, für nicht angebracht.

Abg. Sölllein (Komm.) protestiert gegen den Versuch, mit solchen Hausrechtsparagrafen die Opposition gegen das in der Reparationsnote auf das Proletariat verübte Attentat zu unterdrücken, aber keine Partei werde sich

auch in Zukunft durch nichts hindern lassen, in dieser Schongebilde des Reichstages in ihrer Art für das Proletariat zu kämpfen.

Nachdem Abg. Kopf (Dem.) sich nochmals gegen die Milderungsanträge gewandt hat, wird die Abstimmung über diesen Punkt ebenfalls vertagt.

In der Abstimmung wird schließlich die Beschränkung der Redezeit gemäß eines sozialdemokratischen Beteiligungsantrages auf eine Stunde festgelegt. Die Ernennungsbestimmungen der §§ 91 und 92 werden in der Ausschlußfassung angenommen unter Ablehnung sämtlicher Milderungsanträge. Angenommen wird ferner Antrag Kahl wegen ausdrücklicher Festhaltung der Zweidrittel-Mehrheit für § 98. Auf Vorschlag des Präsidenten soll eine zweite Besetzung der Geschäftsordnung stattfinden.

Am 1/2 Uhr vertagt sich das Haus auf morgen nachmittag 2 Uhr: 7. Nachtragsantrag und Ruhegehalt des Reichspräsidenten.

Politische Rundschau

Eisenbahnschmerzen.

Unhöfliche Beamte.

Im Hauptanschuß des Reichstages wurden gestern beim Etat des Reichsverkehrsministeriums die Tarifierhöhungen besprochen. Staatssekretär Stierler teilte mit, daß die deutsche Kohle um das 2300fache, die englische um das 2448fache, Eisen um das 2482fache, Schwefel um das 1612fache des Friedenspreises geltegen seien. Demgegenüber wurden die Gütertarife vom 1. Dezember an um das 2140fache, die Personentarife in der dritten und vierten Klasse um das 200fache, in der zweiten um das 206fache, in der ersten um das 343fache erhöht. Durch die billigen Tarife für den Transport von Nahrungsmitteln entfielen ein Ausfall von 25-30 Milliarden. Die Redner aller Parteien beschwerten sich über die allgemein schlechte Behandlung des Publikums. Der Regierungsbevollmächtigte erklärte, daß die Zahl des Personals von 1 121 745 auf 1 028 000 Köpfe zurückgegangen sei. Die Leistungen seien dabei durch das Bedingungsverfahren in den Werkstätten und durch Prämien erhöht worden. Der Wagenumlauf habe sich verbessert, die Arbeit in den Werkstätten sei befruchtigend.

Eine längere Debatte entspann sich über die billige Beförderung der Ausländer, die sich nach einer Mitteilung des Demokraten Wieland selbst darüber lustig machen. Der Zentrumsgewählte Gierard kritisierte unter Zustimmung der übrigen Parteien die Behandlung des deutschen Publikums gegenüber denjenigen der Ausländer durch das Bahnpersonal. Das müßte anders werden. Der Abgeordnete Linnas fügte hinzu, daß das Personal sich augenscheinlich nicht bemüht hat, das es in erster Linie den Deutschen gegenüber entgegenkommen sein müsse. Die Antwort, die der Staatssekretär Stierler auf diese Vorwürfe erteilte, war wenig entgegenkommend, so daß von sozialistischer Seite der Antrag gestellt wurde, die Verhandlungen abzubrechen und den Minister aufzufordern, bei den Verhandlungen persönlich anwesend zu sein. Der Antrag

wurde aber abgelehnt; die Beratungen sollen am Dienstag, dem 5. Dezember, fortgeführt werden.

Die Wucherbekämpfung in Preußen.

Wie der Amtliche Preussische Pressebericht meldet, weilt der neue Chef des Landespolizeiamts beim Ministerium des Innern in einem Erlaß alle Polizeibehörden mit allem Nachdruck an, in der Wucherbekämpfung nicht etwa zu erlahmen oder den Kampf gegen die Unredlichkeiten der Erzeuger im Groß- und Kleinhandel gar als ausgedient aufzugeben, sondern alle hierfür zur Verfügung stehenden Kräfte aufs äußerste anzuspannen und ernstes Bestreben zu positiver Arbeit zu zeigen. In dem Erlaß werden als mittelbare Stützmittel der Wucherbekämpfung in erster Linie Preisausgang und Preisrichter genannt, wodurch den sprunghaften Preiserhöhungen begegnet werden könne. Bei den möglichst häufig vorzunehmenden Adressrevisionen sei auch auf die Mißstände hinsichtlich des zu geringen Gehalts zu achten. Besonders Augenmerk sei auf die Geschäfte zu richten, die sich mit dem Ankauf von Gold, Silber, Platin oder sonstigen Wertgegenständen befassen. Von der Unterbrechung des Handels auf Grund der Bekanntmachung zur Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel von 1915 werde in viel zu geringem Umfange Gebrauch gemacht. Schließlich wird in dem Erlaß auch auf die Reichsbahngesetzverordnung vom Dezember 1919 hingewiesen, wonach die Behörden und die Beamten des Polizei- und Sicherheitsdienstes auch Steuerwiderverhandlungen zu erforschen und dem Finanzamt anzugehen haben. Zur möglichsten Befrei-

gung von Unklarheiten in der Feststellung übermäßiger Preisforderungen, zu denen bei der Wucherbekämpfung seit einiger Zeit der sogenannte Wiederbeschaffungspreis geführt hat, werden von den zuständigen Reichsstellen in nächster Zeit Richtlinien veröffentlicht werden.

Ein Menschenleben für Clemenceau.

Paris, 4. Dezbr. Der Aufenthalt Clemenceaus in den Vereinigten Staaten sollte ereblicherweise in Washington beendet sein, als er sich nach St. Louis begab. Da ihm von dort aus zahlreiche Drohbriefe zugesandt wurden, wurde seine Wohnung von tausend Soldaten mit Maschinengewehren umstellt. Weiter morgen begab sich der Chef der Politik von St. Louis zu Clemenceau. Auf dem Wege bemerkte er einen Mörder, der ihm verdächtig vorkam und den er daraufhin einfach niederschloß. Morgen reist Clemenceau nach Baltimore und von dort nach Washington, wo er von Harding empfangen werden wird.

Turnen, Spiel und Sport

Die erste Klasse des Saaletaucens.

Mit vier Spielen konnte am Sonntag die erste Klasse ihre Punktkämpfe fortsetzen. In der Spitzengruppe konnte 4:2 schlagen und dadurch festen Anstoß an die Führungsgruppe gewinnen. Der Abstieg von Spitzengruppen ist allerdings noch recht erheblich, da der Sportverein 99 sein

Er nahm einen kleinen, zerfetzten Briefbogen, dessen Schriftzüge von der erlittenen Feuchtigkeit verschwommen waren, aus seiner Tasche. Der Inhalt war nur kurz:

Liebest!

Sie um neunehalb Uhr im Waldchen. Eher kann ich nicht, da ich Frau Viehboß um acht von der Bahn abholen muß.

"Diese Viehboß ist die Frau des Gastwirts an der Nitroper Chauffee und Germa ihr Dienstmädchen. Germa hat mir geschrieben, daß ihr Liebster ein junger Steiger Rühn ist. Sie hat ihrem Versprechen aber nicht nachkommen können, da Frau Viehboß sie bis gegen elf Uhr in Anspruch nahm."

Der Steiger Rühn hat über eine halbe Stunde auf das Mädchen gewartet und das Mädchen erst verlassen, nachdem es zehn Uhr geschlagen hatte. Er hat verdozt hinter den ersten Bäumen gestanden und sowohl die Brüder als den Affessor vorbeikommen sehen. Somit hat er aber niemand bemerkt, auch kein Gedächtnis gehört. Freilich gibt er an, daß er sich nicht um das gestimmert habe, was in dem Waldchen vorging, eine Behauptung, die in seiner Lage wohl Glauben verdient."

"Damit wäre der schlüssige Beweis erbracht, daß der Seidenfaden nicht aus der Richtung der Beche gekommen sein kann. Da Rühn von daher seine Geliebte erwarbete, ist es ausgeschlossen, daß sich jemand unbemerkt an ihm hätte vorbeischieben können. Er kann aber auch nicht vom Seidenfaden gekommen sein, denn da er fünf Minuten vor zehn noch nicht auf dem Strauch gehangen hat, dort aber um zehn Uhr gefunden wurde, so hätte der Liebesbringer den Wäldchen Hühnchenmann begegnen müssen. Haben die Leute jemand bemerkt?"

vorletztes Spiel der 1. Serie (Eintracht mit 3:1 gewinnen konnte. Olympia blie. in Reideburg glatt mit 7:2 siegreich, während die Sportvereinigung, durch Erwerbungen aus dem Arbeiterpartei verstärkt, das Brotwiederholungsspiel gegen Halle 1910 unentschieden 3:3 gestalten konnte. Inzwischen ist auch gestern Abend der Strafschlag Preußens gegen das Meistene Spiel verhandelt: die Entscheidung lautete auf Wiederholung des Spieles an neutraler Stätte. Die Tabelle hat nach diesen Ergebnissen das untenstehende Spiel veranlaßt den Bau, auch für die Weihnachtstertage - ebenio wie in der Ligaklasse - Verbandsspiele anzusetzen.

1. Klasse	Spielt	Spielt	Spielt	Spielt	Spielt	Spielt	Spielt	
Sportverein 99-Merseburg	9	8	1	—	24	2	17	1
Olympia-Halle	9	7	—	2	27	10	14	4
Ammendort 1910	8	4	2	2	27	14	10	6
Sportbrüder-Halle	7	3	2	2	16	12	8	6
H. C. Preußen-Merseburg	6	2	2	2	9	14	6	6
Halle 1910	6	2	2	2	10	9	6	6
Sp.-B. Meiseburg	8	4	—	4	17	16	8	8
H.H.-Meiseburg	8	3	1	4	13	23	7	9
Eintracht-Halle	7	2	—	5	11	21	4	10
Germania Merseburg	8	1	1	6	12	22	3	13
Sp.-Vereinigung-Halle	8	—	1	7	8	41	1	15

Der Silberfahnen des Freigräfen Gerhard Hennecke

von H. Klein-Mosfeld.

(18) Nachdruck verboten.

„Zeit Ihrem Weggang ist keine neue Werbung eingelaufen.“

„Ist etwas Neues in den beiden andern Fällen da?“

„Der Hund des Affessors von Hartung ist so rätselhaft geblieben wie er war, obwohl wir einige Ermittlungen in dieser Hinsicht gemacht haben,“ berichtete der Wachtmeister. „Herr von Hartung hat angegeben, daß er das Stück Seide abends um zehn Uhr gefunden habe. Wir haben nun zwei Vergleiche ermittelt, die Brüder Hühnchenmann aus dem Hause Hedeweg 7, die aus der Grube geholt wurden, weil ihr Vater plötzlich gestorben war. Beide gaben an, daß vor dem Eintritt in das Birnbäumchen Waldchen der ältere der jüngeren nach der Zeit gefragt und dieser daraufhin festgelegt habe, daß noch fünf Minuten an zehn Uhr fehlten. Sie wollen keineswegs sehr ausgeragt gewesen sein und behaupten, daß sie das schillernde Stück Seide unbedingt hätten wahrnehmen müssen, wenn es damals schon auf dem Strauch gehangen hätte. Ich habe nun in der vergangenen Nacht erneut eine Probe gemacht und festgestellt, daß es gar nicht zu übersehen gewesen wäre.“

„Daraus folgt also, daß die Seide in der Zeit von fünf Minuten dort aufgetaucht sein muß.“

„Ja, aber das Merkwürdige kommt erst. Beim Abjucken des Waldchens fand ich diesen Brief.“

„Nein.“

„Dann bliebe nur noch die Annahme übrig, daß der Täter unmittelbar vor dem Affessor den Landweg herausgenommen und dann hinter den Brüdern Hühnchenmann nach dem Hedeweg gegangen wäre.“

„Oben daß er sich quer über das Feld zu dem Waldchen geschlichen hat.“

„Auch so; aber die eine Annahme ist so unsinnig wie die andere. Es bestand ja von Anfang kein Zweifel, daß der Feszen sich nicht zufällig auf den Strauch verirrt hat. Die von Ihnen ermittelten Personen kommen nicht irgendwie in Betracht.“

Der Wachtmeister schüttelte den Kopf. „Grebe sah eine Beute vor sich nieder und schaute dann seinem Gefährten ins Gesicht.“

„Daß uns jetzt gerade dieser neue Eindruck in die Lure kommen muß! Denn müssen wir zu allererst aufklären, Euerer. Er wirbelt viel Staub auf.“

„Haben sich die Jungen Hinkel und Hegenichsel nicht zum Heben bequemt?“

Es lag ein gut Teil Erstaunen in dieser Frage.

Ein gequälter Ausdruck legte sich über das Gesicht des Kommissars.

„Sie haben mir gesagt, was sie wußten, Selter. Aber es sind zunächst doch nur Vermutungen. Ich bin dabei, sie nachzuprüfen. Bis morgen, denke ich, wird das geschehen sein.“

Als Selter gegangen war, setzte sich Grebe vor seinen Schreibtisch, um die Ladung des Doktors Friedrich Nicolai selbst auszufertigen. Aber die bereits angelegte Feder stockte mit einmal.

(Fortsetzung folgt.)

